

Nr. XIX. GP-NR
1538 /J
1995-07-04

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Mühlbachler
und Kollegen an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Förderung von grün-anarchistischen Vereinen durch
die Aktion 8000

Von der Aktion 8000 wurde im Jahr 1993 unter anderem der
"Verein kritische Europainformationen" gefördert. In der
Bürogemeinschaft Schottengasse, wo dieser Verein residiert,
befinden sich noch folgende Gruppen:

Antimilitaristische Gruppe Wien
ARGE für Wehrdienstverweigerung
Deserteursberatung/Savjeoliste za Dezertere
Kritisches EG-Informationsbüro
Initiative Österreich ohne Heer
Service Civil International

Das Europa Kardiogramm, das vom "Verein kritische
Europainformationen" herausgegeben wird, hatte nicht nur
Inserate des TATblattes und der Volksstimme aufzuweisen,
sondern auch Inserate der Grünen Bildungswerkstätte, des
IMPULS-das grüne Monatsmagazin, der Gewerkschaftlichen
Einheit-Alternative Gewerkschafterinnen, der an.schläge und ein
Vorzugsstimmeninserat für Herbert Sburny-Brunner/Die Grünen.
(In der Beilage 1 die diesbezüglichen Ablichtungen)

Die Zeitschrift für Antimilitarismus, die ebenfalls in der
Bürogemeinschaft Schottengasse hergestellt wird, wies ebenfalls
Inserate vom TATblatt, der Sozialistischen Jugend Österreichs,
der Grünen Bildungswerkstatt, des WUK und der KPÖ auf
(Beilage 2). Die unterfertigten Abgeordneten stellen angesichts
der Förderung dieser grün-anarchistischen Aktivitäten an den
Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

ANFRAGE

1. Können Sie ausschließen, daß die oben genannten Vereine in
den Jahren 1994 und 1995 Förderungen des Sozialministeriums
erhalten hat?

B E I L A G E 1

EUROPA KARDIOGRAMM

DANEMARK

Tamilgate

Im September 1987 erklärten die dänischen Behörden einen Stopp für Familienzusammenführungen für Tamilen. Dies war ein Resultat des sogenannten „Friedensabkommens“ zwischen Indien und Sri Lanka. Dies bedeutete die mögliche Abschiebung von über 3.000 Tamilen, die sich weniger als zwei Jahre in Dänemark aufhielten. Diese Politik wurde nicht durchgeführt, da neue Informationen über die politische Lage in Sri Lanka bekannt wurden. Die Entscheidung gegen Abschiebungen hinderte die Behörden jedoch nicht, Familienzusammenführungen zu verhindern. Dies war illegal, da die Tamilen per Gesetz das Recht hatten, im Land zu bleiben und mit ihren Familien zusammengebracht zu werden.

Eine höchstgerichtliche Untersuchung veröffentlichte im Jänner 1993 einen mehr als 6.000 Seiten umfassenden Bericht. Er erkannte, daß die Praxis völlig unhaltbar und illegal war und daß das Parlament vom Justizminister wie anderen hohen Beamten falsch informiert worden war. Am Tag nach der Veröffentlichung des Berichtes trat der Premierminister zurück und im Parlament löste eine Vier-Parteien-Koalition die konservative Regierung ab. Im Juni 1993 stimmte eine Mehrheit im Parlament für eine Anklage des früheren Justizministers, der erste derartige Fall seit 83 Jahren. Die Anklageerhebung begann im März 1994 und zeigte, daß der Justizminister mehrmals auf die Illegalität seines Handelns aufmerksam gemacht worden ist.

Der erste Urteilsspruch erfolgte im Juni, als die Parlamentarierin und ehe-

malige Vorsitzende des Justizausschusses, Grethe Fenger Moller, wegen falscher Zeuenaussage zu 60 Tagen Haft verurteilt wurde. Die Zeugenbefragung wird im Herbst fortgeführt und es werden weitere Urteile erwartet.

Statawatch 4/4/94, rb

Datenskandal

Daten von über 40.000 Studierenden der Universität Kopenhagen wurden an die Sicherheitspolizei weitergegeben. Der Bericht des untersuchenden Rechtsprofessors ist geheim, die Ergebnisse jedoch nicht. Der frühere Rektor der Universität wird entlastet, der Berater des Rektors und Verantwortlicher wird die Universität verlassen müssen.

Statawatch 4/4/94, rb

Betreibt Jörg Haider rassistische Hetze?

Im TATblatt stand „Ja“, Haider behauptete „Nein!“
Das Gericht stellte sich auf Haiders Seite
Jetzt sollen wir den Mund halten und 60.000,- zahlen.

Gleichzeitig wettert die ÖVP gegen „dubiose“ oppositionelle Vereine und Zeitungen. Beispielsweise fordert sie die Streichung der Publizistik-Förderung für das TATblatt.

Der Rechtsruck läßt grüßen! Heute erwachte es das TATblatt, die vermutlich unstütteste Zeitung im Land. Doch schon morgen kann auch die anderen Alternativmedien das selbe Schicksal ereilen, ...

... wenn wir nicht gemeinsam dagegen Widerstand leisten!

Solidarität ist eine Waffe!

Antirassistischer Kongreß
(vertäglich Arbeitssitz)
30. 9. - 2. 10. in Wien

- Beweisverfahren mit Zeuginnen: Betreiben Haider und die FPÖ rassistische Hetze?
- Wer/welche tritt die konservative Propaganda?
- Betroffene Initiativen benennen
- Strategien gegen den Rechtsruck: Arbeitskreise, Diskussion, ...

Wir machen weiter! Jetzt bestellen!

Ich bestelle hiermit ein 10-Nummern-TATblatt-Abo um 140 Schilling. Das Abo verlängert sich nach Ablauf nicht automatisch, sondern nur, wenn ich neuerlich den Abopreis einzahle.

Ich möchte genauere Informationen über den Kongreß vom 30. 9. - 2. 10.

Name, Adresse, Unterschrift:

ankreuzeln, ausschneiden und einschicken (mit der passenden Briefmarke!!!)
an: TATblatt, Gumpendorferstraße 157/11, 1060 Wien, oder anrufen oder faxen:
(0222) 596 80 78 (Fax: -4), oder gleich einzahlen: P.S.K. 7547 212 (Empl.: U.I.I.)

Aus für Alternativzeitungen?

TATblatt das revolutionäre Kleinformat - alle 14 Tage gegen das Böse auf der Welt

Abgeben: Verein ... (inaktiv) ... (ÖVP) ... (Kommunisten) ... (der Standard) ... (ultra rechte Anarchisten) ... (mit Sympathie für Vordenker ... (Küster) ... menschlich gestahnt)

NEU · NEU · NEU · NEU · NEU · NEU · NEU · NEU · NEU

Arbeit

Das Grüne Investitionsprogramm

durch 2

Umwelt

Abgibt: ...

Diese Broschüre können Sie bei der Grünen Bildungswerkstatt unter der Telefonnummer 0222/526 91 11 bestellen!

Grüne Bildungswerkstatt Bund, Lindengasse 40, A-1070 Wien, Telefon 0222/526 91 11, Fax 0222/526 91 15

Kultur der Abschreckung



MigrantInnen werden zum neuen Feind- und Bedrohungs- bild für Westeuropa stilisiert: Die Folgen sind Abschottung und zunehmender Rassismus, das Europäische Sicherheitssystem und Rechtspopulismus.

GELESEN VON MARTIN HEINTEL

Die AutorInnen (Liz Fekete, Petra Hanf, Jan Nederveen Pieterse, Katina Schubert, Oliver Tolmein und Eckhard Voss) thematisieren in dem von Eckhard Voss herausgegebenen Buch „Kultur der Abschreckung – Europa zwischen Rassismus im Inneren und Abschottung nach außen“ Fragestellungen des europäischen Rassismus und der Abschottung gegenüber „Nicht-Westeuropa“ generell, wengleich sich Aspekte der Migration als zentrales Konfliktfeld westeuropäischer Politik wie ein roter Faden durch die einzelnen Beiträge zieht.

So steht bereits im Vorwort geschrieben: „Das ‚neue‘ Europa, das ist die harsche Realität eines Kontinents, dessen reiche Teile sich gegen unerwünschte europäische wie nichteuropäische Einwanderergruppen abschotten und der im Inneren, im Süden wie im Norden, im Westen wie im Osten, geprägt ist durch eine Renaissance rassistischer Ideologien und Stereotypen, alltägliche Fremdenfeindlichkeit und völkischen Nationalismus wie nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte.“

Migration in diesem Kontext wird quasi als Synonym einer „allumfassenden Bedrohung“ interpretiert, durch die kollektives und individuelles Eigentum sowie die persönliche Freiheit als gefährdet betrachtet wird, mit der Konsequenz der Antipathie gegenüber allem „Fremden“ und dem starken Zulauf zu rechtspopulistischen Bewegungen, die die „Wohlstandsfestung Westeuropa“ sicherstellen sollen. In diesem Kontext erhält auch Österreich seine Funktion nicht zuletzt durch die Tatsache, mit der EU-Außengrenze im Osten konfrontiert zu sein und der Konsequenz der sich daraus ergebenden österreichischen Innen- und Sicherheitspolitik. Das Volksbegehren „Österreich zuerst“ ist nur eine Facette österreichischer Mi-

grationspolitik. Worte wie „AsylantInnenflut“, „illegale EinwanderInnen“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“ haben den Begriff des/der GastarbeiterIn weitgehend abgelöst und einen „EinwanderInnenkomplex“ mit xenophobischen Zügen entstehen lassen.

Exemplarisch wird die Frontstaatenpolitik und das darin integrierte Entstehen eines europäischen Sicherheitssystems anhand der strikten westeuropäischen Flüchtlingspolitik behandelt. Grenzschutzpolitik und europäische Kriminalpolitik – exekutiert durch strikte Visumpflicht und „Drittstaatenlösung“ – stehen Pate für ein System, das gerade erst im Aufbau scheint.

Der letzte Beitrag des Buches widmet sich der Eurozentrismus-Kritik, die angesichts der wachsenden Hegemonie Westeuropas notwendig wird. Eurozentrismus ist in seinem historischen Verständnis oft un- schwer von westlichem Chauvinismus zu trennen. Die „europäische Tradition

und Zivilisation“ agiert vielfach abgekoppelt von vorhanden gewesenen nichteuropäischen Einflüssen, die sie ganz selbstverständlich – so sie passend waren – verinnerlicht haben. Außereuropäische historische Beiträge gelten nur dann als interessant, so sie in einem direkten Konnex zu innereuropäischen Gegebenheiten interpretierbar waren. Einzelne Länderbeispiele afrikanischer und asiatischer Herkunftslinien untermauern den „Aufstieg des Westens“, der mit der herabsetzenden Darstellung Außereuropas koinzidiert.

Eckhard Voss, Hrsg. (1994): Kultur der Abschreckung; Europa zwischen Rassismus im Inneren und Abschottung nach außen. Konkret Literatur Verlag, Hamburg, 168 S., ISBN 3-89458-128-X, €S 195,-.

Küßt Jörg Haider
wo Ihr ihn trefft!

„An sich verwerfliche Berichterstattung“
(Das Handelsgericht Wien sachlich, fair und objektiv über TATblatt)

Jetzt hat sich die Justiz auch in zweiter Instanz für Haider und gegen das TATblatt entschieden.

Das bedeutet:
Wir dürfen nicht mehr behaupten, daß Haider rassistische Hetze betreibt. Und wir dürfen auch nicht mehr sinnvolle Aussagen veröffentlichen.
Kurz: Wir dürfen über Haider und seine F.-Bewegung nicht mehr schreiben.

Beweisangebote des TATblatts wurden nicht einmal ignoriert. Offenbar wollen F. und Justiz gemeinsam kritische antirassistische Medien einfach zum Schweigen bringen.

Wenn wir uns jetzt nicht wehren, werden wir bald keinen Freiraum mehr dafür haben, Beschwerden beim OGH und nötigenfalls beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sind nur eine Möglichkeit, diese Entscheidung zu bekämpfen...

Wir machen jedenfalls weiter!
Wir wollen die 97.000 Öschis Prozeßkosten zurück!
Und: Wir lassen uns nicht das Wort verbieten!

Ich lege Wert auf an sich verwerfliche Berichterstattung!

- Ich will das TATblatt kennenlernen! Schickt mir ein Gratis-Probeabo zu!
- Ich will ein 10-Nummern-Abo um 140 Öschis (außerhalb Ös: 200,-)
- Ich will Euch finanziell unter die Arme greifen, Euch was spenden, vererben, einen Dauerauftrag einrichten, etc.) Kontaktiert mich!
- Schaut's, daß weidakommt! Geht's amal wos orbernt!

Name, Adresse: _____

Maul aufreißen zubeißen
TATblatt

Alle 14 Tage gegen Rassismus, Sexismus, Imperialismus, Kapitalismus, Militarismus, Umweltzerstörung und überhaupt!

Geldschein ausschneiden und mit richtiger Adressangabe einreichen an: TATblatt, 1060 Wien, Gumpelbergstr. 13/11, Tel. (0222) 5962078

SCHENGEN**Neues Datum für SIS**

Das Exekutivkomitee des Schengener Abkommens einigte sich am 27. Juni in Berlin auf ein neues Datum (das fünfte) für die Abschaffung der Grenzkontrollen. Das Schengener Informationssystem (SIS), eine Datenbank über Asylbewerber, „Unerwünschte“ und andere polizeilich Bekannte, soll ab Ende September operieren. Zu Beginn sollen Daten über ca. eine Million Menschen sowie Daten über gefälschte Pässe, Autodiebstähle und Waffenhandel verfügbar sein.

Schmidbauer, der deutsche Staatssekretär, sagte, es soll zumindestens in fünf der neun Unterzeichnerstaaten eingeführt werden - Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg - und stehe vor unerwarteten Schwierigkeiten in Spanien und Portugal. Die zwei weiteren Staaten, Italien und Griechenland, kämpfen mit technischen Problemen.

Das Treffen einigte sich außerdem darauf, daß Österreich - das der EU im Jänner 1995 beitreten wird - einen Beobachterstatus haben kann und daß eine Kooperation mit der Schweiz erreicht werden soll. Österreichs Innenminister überlegt nach vollzogenem Beitritt die Schengenvollmitgliedschaft anzustreben.

Dänemarks Bitte um Beobachterstatus dürfe keine Schwierigkeiten mit sich bringen und Verhandlungen sind daher im Gang. Die Anfragen von UK und Irland, dem SIS beizutreten ohne das Schengener Abkommen selbst zu unterzeichnen, blieben unbehandelt - beide Länder sind der Meinung, daß Grenzkontrollen aufrechterhalten werden sollen.

Statewatch 4/4/94, rb



GEMEINSAM KÖNNEN

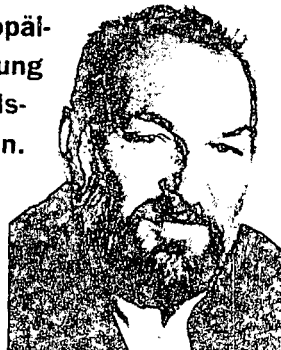
Solange sich die Länder des Südens im wirtschaftlichen Würgegriff der Industriestaaten des Nordens befinden, wird „Entwicklungszusammenarbeit“ ein Tropfen auf dem heißen Stein der Armut bleiben.

WIR ES SCHAFFEN.

Ein Vielfaches dieser Hilfe wird dem Süden durch Handelsbeschränkungen, Kreditpolitik und Preisdiktat entzogen.

Die Grünen werden sich innerhalb der Europäischen Union für Entschuldung ohne Vorbedingung, gerechte Handelsbeziehungen und faire Preise einsetzen. Das ist das Ziel.

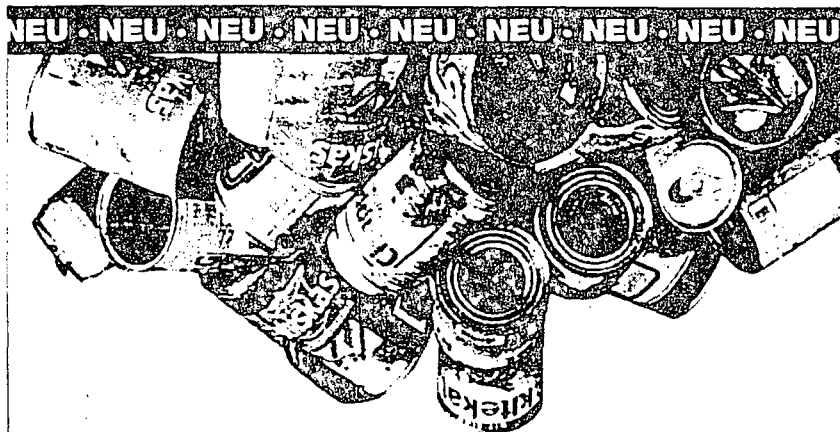
Herbert Sburny-Brunner
Liste 4



EKG-Neu

Die Europäische Union
unterwegs zur Weltmacht.
Von der Öffentlichkeit nur
wenig beachtet wird in
Europa eine Wohlstands-
festung errichtet, bereit ihre
Interessen in aller Welt auch
militärisch durchzusetzen. Auf
der Strecke bleiben die
Länder des Trikont und
zahlreiche Randgruppen
in Europa.

8 mal jährlich Kritik:
Berichte, Analysen und
Kommentare zu europäischer
Politik, Wirtschaft und Kultur.



Diese Broschüre können Sie bei der Grünen Bildungswerkstatt
unter der Telefonnummer 0222/526 91 11 bestellen!

Grüne Bildungswerkstatt Bund, Lindengasse 40, A-1070 Wien, Telefon 0222/526 91 11, Fax 0222/526 91 15

Ich bestelle:

- EKG-Jahresabo (8 Ausgaben) zum Preis von ÖS 300,-
- ... Stück Umweltbroschüre BlümchenBlau zum Preis
von à ÖS 50,-
- ... Stück CD „etwas besseres als europa“
zum Preis von ÖS 180,-

Name:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Datum:

Unterschrift:

Bitte
ausreichend
frankieren!
Danke.

An:
**Kritische Europa
Informationen**
Schotteng. 3a/1/4/59
A-1010 Wien

Tel.: ++43-1-53 51 106
Fax: ++43-1-53 27 416

EKG im Abonnement

Abo 1994
Österreich: 300,- öS
Deutschland: 60,- DM
Schweiz: 50,- SF

Mitgliedsbeitrag inkl. Abo 1994
Österreich: 500,- öS
Deutschland: 80,- DM
Schweiz: 70,- SF

Förderabo 1994
Österreich: 700,- öS
Deutschland: 100,- DM
Schweiz: 90,- SF

Einzahlungen bitte auf:
*BAWAG, KtoNr.: 10010 671 561
*Bankverbindung für Deutschland:
Postbank Köln,
KtoNr.: 031 5864-509,
Postleitzahl 370 100 50,
Christa Aretz - Anti-EG-Gruppe
(Vermerk: EKG)

ZEITDIFFERENZEN

zeitig mit den sozialistischen Reformländern genannt zu werden, die Angst, weltwirtschaftlich in das Abseits gedrängt zu werden. Österreich ist in diesem Kontext ein Beispiel für jene Semiperipherien, die weltwirtschaftlich und -politisch mit einem Zeitlag konfrontiert sind. Die Tatsache, mit Trends (wissenschaftlicher, wirtschaftlicher, modebezogener Art etc.) meist erst in Beziehung zu treten, wenn sie bereits anderswo „erfunden“ worden sind, erzeugt – sozialpsychologisch gesehen – das Gefühl der Unterlegenheit und Abhängigkeit. Um dem zu entgehen, bedarf es einer Integration in Systeme, die eben schnelleren Zugang zu Informationen, Ressourcen und Trends besitzen. Für Österreich ist die Europäische Union gewissermaßen Schlüssel und Garant zu einem innereuropäischen Markt und einer „totalen Weltökonomie“. Das Bedürfnis der Teilhabe an einem europäischen Markt ist somit nicht nur im Sinne eines ökonomisch orientierten Wachstumsdenkens zu

interpretieren, sondern bedarf sehr wohl einer sozialpsychologischen Reflexion und Verortung. Das hat die „EU-Propaganda“ und „Gegenpropaganda“ deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Angst vor einer sich selbst verordneten „Nebenrolle“ darf nicht wegdiskutiert werden; die Tatsache, in gewohnten Bahnen zu agieren und Alternativen als denkbar möglich machend zu erschweren jedoch auch nicht. Der erhoffte „Fortschritt“ kann auf Dauer nicht in der Erhöhung der Geschwindigkeit individueller Subsysteme liegen, die somit den Motor weiterer Beschleunigung darstellen.

Aber erinnern wir uns zurück: Brüssel, Österreichische Beitrittsverhandlungen: 28. Februar 1994, 24 Uhr: Die Europäische Union hält die Uhren an. 1. März 1994, 12 Uhr: Wir halten bei 28. Februar die 36. Stunde. Die Europäische Union fordert ihre Eigenzeitlichkeit.

Quellen: Europäische Gemeinschaft, Hrsg. (1993); Weißbuch der Kommission

der Europäischen Gemeinschaft; Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung; Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert; Der Fischer Weltalmanach (1993); Zahlen, Daten, Fakten. Frankfurt am Main, 1216 S.; Kaltenbrunner, A. et al. (1994); Die Stunde der Sieger; Nach dem EU-Triumph rüsten die Koalitionsparteien zum Wahlkampf: jeder für sich, aber alle gegen Haider. In: profil, Nr. 24/25. Jg., 14. Juni 1994, S. 16-22; Perzinger, U. (1994); Weltmarkt und „alternative Ökonomie; Interview mit Wolf-Dieter Narr. In: Volksstimme, Nr. 24/16. Juni 1994, S. 14

Martin Heintel ist freier Geograph und Publizist.

- 1) Vgl.: Fischer Weltalmanach 1994, S. 836
- 2) Vgl.: Europäische Gemeinschaft, Hrsg. 1993
- 3) Vgl.: Kaltenbrunner, A. et al. 1994, S. 21
- 4) Vgl.: Perzinger, U. 1994. Interview mit Wolf-Dieter Narr, S. 14



Sozialstaat Österreich?

Rund 200.000 ÖsterreicherInnen, fast ausschließlich Frauen, verdienen um die 3.000 Schilling. Monatlich. Ohne Krankenversicherung. Bis zu 1,5 Millionen ÖsterreicherInnen fallen unter die Armutsgrenze.

Menschenrechte?

Sie machen die gleiche Arbeit, haben aber nicht die gleichen Rechte. Zum Beispiel können ausländische ArbeitnehmerInnen nicht Betriebsräte werden. Oder Arbeiterkammerräte. Warum nicht? Weil ÖGB und AK das nicht wollen.

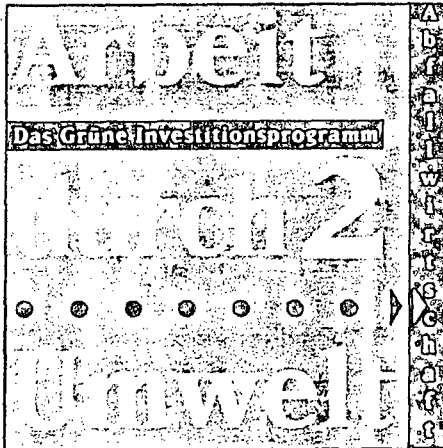
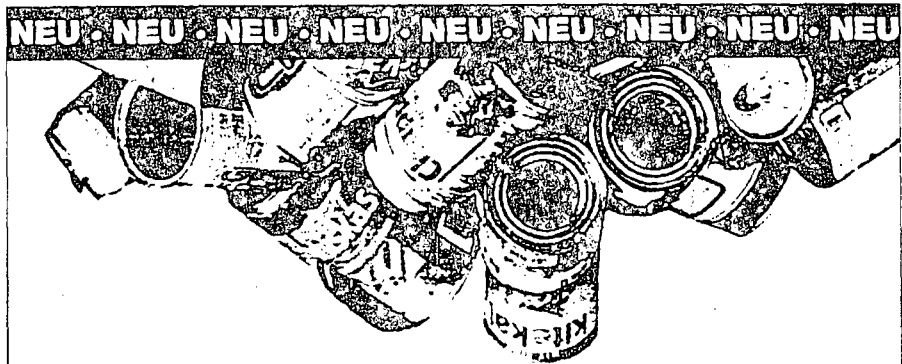
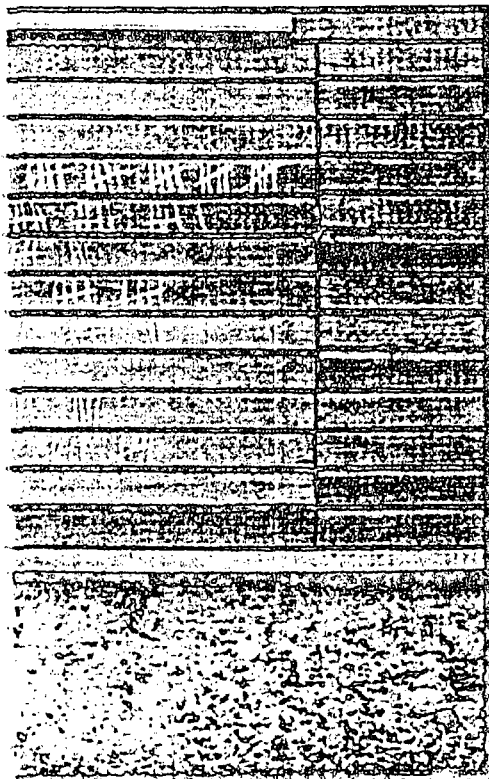
Gesundheit?

Am Arbeitsplatz ist vieles erlaubt, was sonst verboten ist. Zum Beispiel beim Einsatz von gesundheitsgefährdenden Stoffen. Wer krank wird, kann ja gehen: in die Arbeitslose oder in die (Früh-)pension.

damit sich das ändert:

Gewerkschaftliche Einheit **Alternative GewerkschafterInnen**

Die alternative Opposition in der AK



Diese Broschüre können Sie bei der Grünen Bildungswerkstatt unter der Telefonnummer 0222/526 91 11 bestellen!

Grüne Bildungswerkstatt Bund, Lindengasse 40, A-1070 Wien, Telefon 0222/526 91 11, Fax 0222/526 91 15

«heimischen Schulbüchern führte»

Peter Androsch bewältigt zudem diese Ereignisse in einem beklemmend trauernden Tonfall, weshalb zu diesem Thema auf sein nahe liegendes zweites anklagendes Werk verwiesen sei.

Der imposante Chor der ungarischen Nationalphilharmonie hat maßgeblichen Anteil am Gelingen des vom KANAL Schwertberg/Festival der Regionen 1993 in Auftrag gegebenen „Bellum Docet Omnia“, einer im Schlußabschnitt mächtigen Trauermusik. Im Altarbereich einer Kirche gibt der Chor aufwühlend wieder, was einer verloren klagenden weiblichen Solostimme nur im Verein mit Geschößgeräuschen, erzeugt aus Gummiklappen, Starthölzern und Plastikschläuchen gelingen konnte: Über die getöteten sowie

«re, ist in Österreich gang und gäbe»

tischen KZHäftlinge zu trauern. In sich zu gehen über die Tatsache, daß in jedem ein Unmensch steckt, wenn die Werte, wie das wohl jeder Repressionsapparat mit sich bringt, implodieren.

Peter Androsch: The Quality of Mercy / Vor lauter Feigheit gibt es kein Erbarmen. Bellum Docet Omnia / Die Implosion der Werte (Deutsche Schallplatten)

Bergheim/Wien

Die gute Nachricht aus Afrika

Jambo

sortenreiner Arabica-Kaffee bester Qualität

• Österreichs erster fair gehandelter Espresso

Bei EZA und allen Dritte-Welt-Läden

EZA-Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt Ges.m.b.H.
 5101 Bergheim, Plainbachstraße 8, Telefon 0662/521 78
 1050 Wien, Obere Amtshausgasse 38, Telefon 0222/54 53 43 20

EZA

Gerechter Handel mit der Dritten Welt.

B E I L A G E 2

ZAM - ZEITSCHRIFT für ANTIMILITARISMUS

ZIVILDienst

KOSTEN FÜR DEN ZIVILDienst EXPLODIEREN!

Mit dem Zivildienstgesetz 1994 wurden viele Erschwernisse für die Zivildienstleistenden eingeführt. Die Grundvergütung für Zivildienstler wurde ab Juni 1994 um fast ein Drittel von monatlich 3.102,- auf 2.160,- Schilling gekürzt (ab 1995 2.222,-). Die Kosten für den Zivildienst sollten also sinken, zumal keine zusätzlichen Dienststellen anerkannt wurden. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Verlängerung des Zivildienstes und erhöhter Verwaltungsaufwand im Ministerium ließen die Kosten für den Zivildienst explosionsartig steigen. Zum Beispiel muß jeder Krankenstand vom Amtsarzt bestätigt werden.

Im Jahr 1993 wurden 507 Millionen Schilling für den Zivildienst vom Innenministerium ausgegeben. Die Zivildienstdauer betrug acht Monate. Nach der Verlängerung des Zivildienstes auf zehn Monate im Jahr 1994 erhöhten sich die Ausgaben auf 690 Millionen, also um mehr als ein Drittel. Obwohl 1995 die Zivildienstdauer um einen weiteren Monat angehoben wurde, scheinen im Budgetvoranschlag 1995 nur 660 Millionen Schilling auf. Es sind allerdings weit höhere Kosten zu erwarten. Der Entwurf für 1994 lag mit 412 Millionen ebenfalls deutlich unter den tatsächlichen Ausgaben.

Die größten Ausgabensteigerungen sind bei den Sozialversicherungsbeiträgen der Zivildienstleistenden zu erwarten.

Anliegen von bosnischen Flüchtlingen zu widmen oder ein neues Projekt auf die Beine zu stellen. Für Männer unter 28 kann der Friedensdienst als „Zivildienst im Ausland“ anerkannt werden.

Nähere Informationen bei:
 Beate Reiß / Robert Gettler
 Johann-Fuxg. 31, 8010 Graz
 Tel. (0316) 38 28 38
 oder
 Internationaler Versöhnungsbund
 Pete Hämmerle
 Ledererg. 23/3/27
 1080 Wien
 Tel. 0222/40 85 332.

NETZWERK GEWISSENSFREIHEIT

Die Friedenswerkstatt Steyr hat einen Musterbrief für all jene ausgearbeitet, die ablehnende Zivildienstbescheide in folgenden Fällen erhalten haben:

- ZD-Erklärung am 11. April 1994,
- unvollständige ZD-Erklärung und
- Zivildienstenerklärung vor Tauglichkeitsbescheid.

Im Text wird der Innenminister aufgefordert, die verfassungswidrigen Bescheide von Amts wegen aufzuheben. Kopien sollen an Politiker, Parlamentssklubs und das Netzwerk Gewissensfreiheit geschickt werden. Wir wollen damit eine möglichst lückenlose Dokumentation der geschätzten 1.500 Ablehnungen und eine bessere Rechtslage im neuen Zivildienstgesetz (muß noch 1995 beschlossen werden) erreichen.

Ein Muster erhältst Du bei:

Netzwerk Gewissensfreiheit, Schotengasse 3a/59, 1010 Wien,
 Tel: 0222/533 72 71
 Friedenswerkstatt Steyr, Puchstraße 17, 4400 Steyr,
 Tel: 07252/66 866
 Friedenswerkstatt Linz, Dinghoferstraße 27, 4020 Linz,
 Tel: 0732/77 1094

cm

Küßt Jörg Haider wo Ihr ihn trefft!

TATblatt

"An sich vorwerfliche Berichterstattung"
 (Das Handelsgericht Wien sachlich, fair und objektiv übers TATblatt)

Jetzt hat sich die Justiz auch in zweiter Instanz für Haider und gegen das TATblatt entschieden. Das bedeutet: Wir dürfen nicht mehr behaupten, daß Haider rassistische Hetze betreibt. Und wir dürfen auch nicht mehr sinnliche Aussagen veröffentlichen. Kurz: Wir dürfen über Haider und seine F.-Bewegung nicht mehr schreiben. Beweisangebote des TATblatts wurden nicht einmal ignoriert. Offenbar wollen F. und Justiz gemeinsam kritische antirassistische Medien einfach zum Schweigen bringen. Wenn wir uns jetzt nicht wehren, werden wir bald keinen Freiraum mehr dafür haben. Beschwerden beim OGH und nötigenfalls beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sind nur eine Möglichkeit, diese Entscheidung zu bekämpfen ...

Wir machen jedenfalls weiter! Wir wollen die 97.000 Öschis Prozederkosten zurück! Und: Wir lassen uns nicht das Wort verbieten!

Ich lege Wert auf an sich vorwerfliche Berichterstattung!

- Ich will das TATblatt kennenlernen! Schickt mir ein Gratis-Probeabo zu!
- Ich will ein 10-Nummern-Abo um 140 Öschis (außerhalb Ös: 200,-)
- Ich will Euch finanziell unter die Arme greifen. Euch was spenden, vererben, einen Dauerauftrag einrichten, etc.) Kontaktiert mich!
- Schaut's, daß weidaktommt! Gehrt's amoi was orberien!

Name, Adresse:

Maul aufreißen zubeißen TATblatt

Alle 14 Tage gegen Rassismus, Sexismus, Imperialismus, Kapitalismus, Militarismus, Umweltzerstörung und überhaupt!

Großschlein ausschließen und mit 14-tägiger Bewertermiete abschneiden an: TATblatt, 1080 Wien, Gumpendorferstr. 15/11, Tel.: (0222) 5969078

Im Bundesvoranschlag 1995 sind für diesen Bereich mehr als doppelt so viel Mittel (102,5 Millionen) wie im Bundesvoranschlag 1994 (49,2 Millionen) vorgesehen. Aufgrund der Verlängerung der Zivildienstdauer steigen auch die Kosten in den Bereichen Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe (plus 37 Millionen) dramatisch.

FriedensdienerInnen gesucht

Der Verein Österreichische Friedensdienste (ÖFD) sucht Frauen und Männer jeden Alters, die für mindestens sechs Monate Friedensdienst in Ex-Jugoslawien leisten wollen. Neben dem Projekt Pakrac gibt es noch die Möglichkeit, sich in slowenischen Flüchtlingslagern der

gehend unbemerkt, Einheiten für internationale Waffengänge auf. Mitte Mai 95 wird ein für internationale Einsätze umgerüsteter Steyr Radpanzer „Pandur-UN“ als Prototyp auf den Markt kommen. Das Bundesheer wird einer der ersten Abnehmer für dieses Produkt sein. Bis Mitte 1996 werden 68 für UNO-Einsätze umgerüstete Pandur, beim Heeresauflklärungsbataillon und beim Jägerregiment 5 stationiert. „Diese Kompanien treffen auch alle Maßnahmen für eine

rasche Übernahme dieser „gepanzerten UN-Kräfte“ für einen Auslandseinsatz.“ (Truppendienst - Miliz Info 4/94; S 8). Wenngleich im selben Beitrag betont wird, daß es dabei um die Ausrichtung auf internationale Friedensmissionen geht, so ist Tatsache, daß der Anlaß für den Aufbau dieser mobilen Einheiten die Debatte um eine Beteiligung österreichischer Truppen in Somalia war. Daß dieser internationale Einsatz zu einem Desaster wurde und im Bürgerkrieg unter-

ging, scheint unsere Strategen wenig zu beeindrucken.

Wenn gleichzeitig die Aussagen des Verteidigungsministers in Richtung Integration der österreichischen Armee in die NATO und WEU in Zusammenhang mit diesen Aufrüstungsmaßnahmen gesetzt werden, so ist dieser Wille zur Friedensmission als ebenso rein kosmetisch zu betrachten, wie der Wille dieser Regierung zur Neutralität.

Im Lichte dieser Ereignisse bekommt die Neutralität neues Gewicht. Angesichts der von vorneherein getroffenen Klarlegung des Verteidigungsministeriums, österreichische Soldaten international einzusetzen, bekommt die Aufrechterhaltung der Neutralität neben der symbolischen wieder eine konkrete Bedeutung: Das neuerliche Bestärken der Grundlage österreichischer Sicherheitspolitik, sich an internationalen Kriegseinsätzen weder durch Menschen noch durch Waffen zu beteiligen.

Deutsche Bundeswehr nach Bosnien

Im November hat die NATO auf ‚Wink‘ des Generalinspektors der Bundeswehr, Klaus Dieter Naumann, bei der deutschen Bundesregierung um einen Einsatz von Tornado-Kampfbomber in Bosnien angefragt. Auf dieses selbsteingefädelte Begehren hin hat nun das Kohl-Kabinett offiziell beschlossen, Luftwaffen- und Marine-Kontingente sowie insgesamt etwa 2.500 Soldaten, großteils Sanitätspersonal, zur militärischen Absicherung des geplanten Abzugs der UNPROFOR-Truppen aus Ex-Jugoslawien zur Verfügung zu stellen. Auch der sozialdemokratische Oppositionsführer Scharping stimmte diesem „humanitären“ Einsatz zu, was ihm eine Schelte von Gerhard Zwerenz von der PDS – der einzigen Fraktion im Bundestag, die sich konsequent gegen einen Bosnieneinsatz der Bundeswehr ausspricht – eintrug: Es wiederhole sich die Tragödie von 1914, „als die SPD den Kriegskrediten zustimmte, und nur ein einsamer Karl Liebknecht widerstand“, stellte der Kriegsdienstverweigerer der deutschen Wehrmacht fest. mk

die grüne
bildungs-
werkstatt

Neu in der Reihe
„Grüne Werkstattschriften“

Grünes Konzept zur öffentlichen Sicherheit

(Diese Broschüre können Sie bei der Grünen Bildungswerkstatt unter der Telefonnummer 0222/526 0111 bestellen)

Grüne Bildungswerkstatt Bund, Lindengasse 108, A-1070 Wien
Fax 0222/526 0111

„Good News“ aus
Bosnien sind
uns eine Meldung
wert. ParaPacem

Argumente gegen den Krieg
Informationen aus Ex-Jugoslawien
Aktivitäten der Opposition

Ich interessiere mich für den monatlich erscheinenden Infodienst ParaPacem und möchte eine Probenummer. (Bitte DM 10.- beilegen / Jahresabo DM 150.- / Englischkenntnisse von Vorteil)

Vorname
Name
Strasse
Plz.
Einsenden an: 680A, Postfach, CH - 8091 Zürich